

Vergabeverfahren: Prozessbegleitung im Rahmen des Modellvorhabens „Von Betroffenen zu Akteur*innen - Stärkung von Community-basierten Antirassismus-/ Antidiskriminierungsberatungsstrukturen (CbB)“

Über CLAIM: CLAIM vereint und vernetzt 50 muslimische und nichtmuslimische Akteure der Zivilgesellschaft und bildet eine breite gesellschaftliche Allianz gegen antimuslimischen Rassismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit. CLAIM schafft effektive Strukturen für fachlichen Austausch und Kooperation in Deutschland und in Europa und unterstützt zivilgesellschaftliche Organisationen und Projekte notwendige Kompetenzen weiter auszubauen. Durch Kommunikationsmaßnahmen und Veranstaltungen schafft CLAIM bundesweite Sichtbarkeit für antimuslimische und rassistische Tendenzen und deren Auswirkungen. Durch wissenschaftliche Impulse und Kurzanalysen fördert CLAIM die evidenzbasierte Forschung zu antimuslimischem Rassismus in Deutschland und Europa und setzt wissenschaftliche und praxisbezogene Impulse. CLAIM arbeitet zudem an einer Verbesserung der Erfassung von antimuslimischem Rassismus durch einheitliche Standards und Sichtbarmachung der Fälle von Übergriffen und Diskriminierungen mit dem Ziel, die Datenlage zu antimuslimisch motivierten Übergriffen und Diskriminierungen in Deutschland und darüber hinaus zu verbessern. CLAIM wird getragen von Teileiend e. V. und unter anderem gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und zugleich die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus sowie durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Mehr Informationen zu CLAIM unter: <http://www.claim-allianz.de/>.

Kurze Projektbeschreibung

Im Rahmen des Modellvorhabens „Von Betroffenen zu Akteur*innen - Stärkung von Community-basierten Antirassismus-/ Antidiskriminierungsberatungsstrukturen (CbB)“ sollen Community-basierte Organisationen unter anderem qualifiziert werden, Falldaten (Melde- und Beratungsfälle) zu rassistischer Diskriminierung und Gewalttaten phänomenübergreifend und intersektional zu erfassen und zu dokumentieren. Hierzu sollen die existierende Expertise und Dokumentationsstandards aufgegriffen und auf die Rahmenbedingungen der Beratungskontexte Community-basierter Organisationen zugeschnitten werden. Das Vorhaben ist vom Bundeskanzleramt gefördert und hat eine Laufzeit von drei Jahren (2023-2025). Aufgrund der Verbundstruktur, ist eine Kommunikation mit weiteren Trägervereinen notwendig.

Leistungsbeschreibung

Zur Vereinheitlichung existierender phänonenspezifischer Standards für die Erfassung und Dokumentation unterschiedlicher Rassismen möchte CLAIM einen partizipativen (Arbeits-)Prozess aufsetzen. Hieran sollen

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und Integration
Die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus

 teileiEND

Expert*innen aus unterschiedlichen Phänomenbereichen (u.a. Antiziganismus, Anti-Schwarzer-Rassismus, Antimuslimischer Rassismus), Beratungsverbände wie advd, VBRG sowie Projektpartner*innen des Gesamtvorhabens beteiligt werden. In diesem Prozess ist eine rassismuskritische und inklusive Beteiligung aller relevanten Akteur*innen gewünscht. Ausgangspunkt für Inhalte und Design des Arbeitsprozesses ist eine Bedarfsanalyse, die Erwartungen und Anforderungen aller Beteiligten zusammenfasst.

Es soll insbesondere sichergestellt werden, dass alle relevanten Interessen und Perspektiven im Arbeitsprozess einbezogen werden. Konkret werden folgende Leistungen erwartet:

Zielsetzung

- In Abstimmung mit der Auftraggeberin sollen Ziele und Zweck des partizipativen Arbeitsprozesses definiert werden und auf Basis der Bedarfsanalyse Methoden konzipiert und identifiziert werden
- Ergebnisse der Bedarfsanalyse sollen aufbereitet und in die Prozessgestaltung und Inhalte einfließen

Prozessgestaltung

- Durchführung einer Stakeholderanalyse
- Entwicklung eines strukturierten und effektiven Arbeitsprozesses, der die Beteiligung und Zusammenarbeit aller Akteur*innen fördert
- Erarbeitung unterschiedlicher Beteiligungsformate, um sicherzustellen, dass alle Interessengruppen vertreten sind
- Besprechung von Kommunikationskanälen, um die Informationsflüsse zu erleichtern

Zeitplan

- Vergabe läuft bis zum 31.05.2023,
- Anschließend Auswertung und Beauftragung,
- Konzeption und Gestaltung des partizipativen Arbeitsprozesses soll voraussichtlich im Zeitraum 12.6. bis zum 30.6.2023 stattfinden.

Bewerbungs- und Angebotsbedingungen zum Vergabeverfahren

Falls Sie Interesse an der Durchführung des Auftrags haben, bitten wir um Erstellung eines Angebots auf Grundlage der oben beigefügten Leistungsbeschreibung und den untenstehend genannten Angebotsbedingungen.

- Art und Umfang der Leistung
 - CLAIM beabsichtigt im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung die oben beschriebenen Leistungen zu vergeben.
- Bezeichnung der Stelle, bei der Fragen zu Ausschreibung gestellt werden können

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und Integration
Die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus

 teilSEIEND

- Fragen sind bis zum 31.05.2023 ausschließlich bei Frau Sohaila Awad über die folgende E-Mail-Adresse einzureichen: sa@claim-allianz.de
- Folgende Nachweise/Referenzen sind gem. Eignungskriterien dem Angebot zwingend mit beizufügen
 - Eigene Kurzdarstellung in Form eines Lebenslaufs, aus welchem folgenden Kenntnisse/Erfahrungen deutlich hervorgehen
 - a. Langjährige Erfahrungen als Prozessbegleiter*in und Organisationsentwickler*in
 - b. Referenzen in der Gestaltung partizipativer Prozesse sind erwünscht
 - c. Rassismus- und machtkritische Kompetenzen
- Angebotsunterlagen
 - Neben den unter Punkt 5 geforderten Nachweisen/Referenzen sind dem Angebot folgende Unterlagen zwingend beizufügen
 - a. Ein Kostenangebot, das alle erwarteten Ausgaben und Honorare abdeckt,
 - b. Eine detaillierte Beschreibung des vorgeschlagenen Vorgehens, einschließlich der Methoden und Instrumente, die verwendet werden sollen,
 - c. Bestätigung, dass der von uns anvisierte Zeitplan Ihrerseits machbar ist
- Angebotsabgabe
 - Die Angebote können ausschließlich über die folgende E-Mail-Adresse eingereicht werden: sa@claim-allianz.de
 - Bitte nennen Sie im Betreff: Angebot_ Prozessbegleitung CbB
 - Das Angebot muss in Textform (§ 126 b BGB) abgefasst sein. Das Angebot sollte einen Umfang von 20 MB nicht überschreiten. Ferner sollten alle zusammengehörenden Dokumente in einem Sendevorgang übertragen werden.
 - Nach dem Eingang Ihres Angebotes erhalten Sie von uns eine Eingangsbestätigung.
- Angebotsfrist
 - Die Angebote müssen bis zum **31.05.2023** um 12 Uhr eingegangen sein. Angebote, die nach der Frist eingehen, werden ausgeschlossen.
 - Angebote, die auf dem Postweg eingehen, müssen vom Verfahren ausgeschlossen werden. Diese Frist gilt auch für nachträgliche Berichtigungen und Änderungen des Angebotes.
- Berichtigungen/Änderungen oder Rücknahme des Angebots
 - Berichtigungen und Änderungen des Angebots sind bis zum Ablauf der Angebotsfrist zulässig und unterliegen denselben Formerfordernissen wie das Angebot selbst. Bei Abgabe eines überarbeiteten Angebotes ist klarzustellen, in welchem Umfang das vorherige Angebot gültig bleibt. Die Rücknahme eines Angebotes ist bis zum Ablauf der Angebotsfrist zulässig. Sie hat in der gleichen Form wie die Angebotsabgabe zu erfolgen.
- Zuschlagskriterien
 - Der Zuschlag wird gemäß § 43 Abs. 1 UVgO auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot erteilt. Bei der Bewertung der eingereichten Angebote werden folgende Wertungskriterien zugrunde gelegt
 - a. Konzeptionelle Stärke
 - b. fachliche Eignung unter besonderer Berücksichtigung der oben genannten Kompetenzfelder,
 - c. sowie das Preisangebot.
- Zuschlags- und Bindefrist Zuschlags- und Bindefrist endet am **31.05.2023**.

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und Integration
Die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus

 teilSEIEND